



ANGELO BARRILE & MIN LI MARTI

in den Nationalrat

Am 18. Oktober Liste 2 wählen
und Daniel Jositsch in den Ständerat

FÜR ALLE
STATT
FÜR WENIGE



SP5 INFO

INFOBLATT FÜR ALLE MITGLIEDER UND SYMPATHISANTINNEN DER SP5
NR 1 / FEBRUAR 2016

LINKE ERFOLGE UND SCHWEIZER MALAISE

Das Jahr 2015 war ein Superwahljahr. Gera-de für unsere SP5 war es ein erfolgreiches Wahljahr. Angelo Barrile und Min Li Marti ha-ben den Einzug in den Nationalrat geschafft. Dazu noch einmal herzliche Gratulation! Unser Sektionspräsident Tobias Langeneg-ger konnte durch Angelos Wahlsieg in den Kantonsrat nachrutschen. Die SP5 stellt erst-mals in ihrer Geschichte gleichzeitig zwei Nationalräte. Aus dem Kreis 4 haben wir mit Martin Naef einen weiteren Nationalrat unseres Wahlkreises in Bern. Der National-ratswahlkampf von Min Li Marti und Ange-lo Barrile ist eine fast schon märchenhafte Erfolgsgeschichte für die SP5. Dieser Erfolg zeigt meiner Meinung nach auf, dass wir als Sektion vieles richtig machen.

INHALTSVERZEICHNIS

Gemeinsam weiter – gegen die CVP-Initiative und für eine Ehe für alle 5 Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich – Wie lange noch?	7
Geldverschwendug am Gotthard	10
Jahresbericht Präsidium	12
«Eine superspannende Aufgabe»	14
Termine und Parolen	16



Bild: Andrea Jerger

Erfolgreiche Telefonaktion

Aber nicht nur die SP5 macht vieles gut. Die SP Schweiz hat mit der breit angelegten und seriös organisierten Telefonaktion einen in der Schweiz noch nie dagewesenen Mobilmisierungs-Wahlkampf geführt.

Ich fand es beeindruckend zu sehen, mit wie viel Engagement die vielen Mitglieder und Sympathisant_Innen der SP sich in den Kampf gestürzt haben. Allein im Kanton Zürich haben sich 700 Freiwillige an der Telefonaktion beteiligt. Die Stimmung an diesen Anlässen im Seki an der Gartenhofstrasse war gut. Viele Freiwillige tauschten sich über Argumentationsstrategien aus und vor allem wenn Jacky Badran anwesend war, wurde so mancher Tipp ausgeteilt...Andere Parteien können von einem gleichwertigen Engagement ihrer Mitglieder nur träumen. Ich bin mir ziemlich sicher, dass der Erfolg, den die

SP im Kanton Zürich feiern konnte mit der regen Telefonaktivität mit Sympathisant_Innen im Grossraum Zürich zusammenhängt. Das heisst, dass wir mit dieser Strategie auf dem richtigen Weg sind. Die potenziellen Wähler_innen müssen persönlich erreicht werden und zwar flächenübergreifend. Das bedeutet auch, dass wir in den eher ländlichen Gebieten der Schweiz aktiver telefonieren müssten. Allerdings finde ich nicht, dass diese Telephonevents zu Anlässen werden sollen, in welchen SP-Mitglieder einen eingeübten Text herunterleiern. Das Gespräch mit den Menschen darf auf einer persönlichen Ebene geführt werden und die Meinung des Telefonierenden muss dabei nicht hundertprozentig auf der Parteilinie liegen.

Telefonieren allein reicht selbstverständlich nicht. Das persönliche Gespräch, mit Freunden und Der Familie, sowie mit Passant_in-

nen an den wichtigen Standaktionen und alle anderen Formen von Werbung sind ebenso bedeutend. Trotz all dieser Erfolge hat die SP auch Probleme. An Gesprächen während der Standaktionen am Limatplatz fällt mir häufig auf, dass die SP offenbar Mühe hat, weniger gut ausgebildete Menschen zu erreichen und SP-Anliegen verständlich zu machen. Die ehemalige Arbeiterpartei hat die Menschen, die sie eigentlich schützen will an die SVP verloren, eine Partei, die meist die Anliegen der Arbeitgeberverbände stützt. Das muss sich ändern. Die Kommunikation der SP ist zu verbessern und diesbezüglich sind wir für kommende Wahlen gefordert.

Migration und Wahlkampf

In meiner letzten «Kolumne» schrieb ich, dass die SVP wahrscheinlich nicht weiter wachsen würde. Ich irrite und zwar deshalb, weil die Flüchtlingsthematik eine Dynamik annahm, die seit letztem Spätsommer den politischen Diskurs in der Schweiz grundsätzlich verändert hat. Die SP verpasste es leider, wie im übrigen alle Parteien ausser der SVP natürlich, zur Flüchtlingsthematik eine klare Position zu beziehen. Das von der SP initiierte Flüchtlingsmanifest von Franz Hohler war in den bewegten August- und Septemberwochen eine der wenigen positiven Botschaften von linker Seite. Ansonsten konnte man auch innerhalb der SP eine merkwürdige Zurückhaltung zum Thema Migration und Flüchtlinge bemerken. Viele wagten das Thema während des Wahlkampfs nicht einmal mehr anzusprechen. Dabei brauchte man nur nach Deutschland zu schauen, um das eindrücklichste Beispiel einer mutigen und

meiner Meinung nach richtigen Flüchtlingspolitik zu sehen. Angela Merkel, die CDU-Bundeskanzlerin wohlgemerkt, zog den richtigen Schluss aus der humanitären Katastrophe. Deutschland öffnete die Grenzen für Kriegsflüchtlinge. Vermutlich eine Million Syrerinnen und Syrer hat Deutschland allein im Jahr 2015 aufgenommen. In der Schweiz indes ist der Aufschrei gross, wenn nur schon 3000 Flüchtlinge aus Syrien aufgenommen werden. Der SVP ist das viel zu viel, so viel, dass sie es sich nicht nehmen liess, auf ihren Wahlplakaten vom «Asylchaos» in der Schweiz zu sprechen. Der Begriff Asylchaos ist geradezu lächerlich angesichts der straff organisierten Asylverfahren in der Schweiz.

«Die Schweiz ist des Wahnsinns»

Es geht nicht an, dass wir Menschen, die aus Syrien stammen, die auf der Flucht sind, die alles verloren haben, die im Kriegszustand, in der Misere leben, nicht aufnehmen. Es ist beschämend für ein reiches Land wie die Schweiz, Menschen auf der Flucht vor dem Krieg nicht zu helfen. Und die Scham für diese dumpf-träge, ja egomanische Schweiz ist mittlerweile bei vielen Schweizer_Innen, vor allem jetzt im Kampf gegen die Durchsetzungsinitiative ganz erheblich. Das deutlich spürbare und nicht wegzudiskutierende Malaise, in welchem die Schweiz sich spätestens seit der Annahme der Masseneinwanderungsinitiative befindet, hat Lukas Bärffuss in seinem Essay «Die Schweiz ist des Wahnsinns» mehr als treffend beschrieben. Eine der Perlen dieses Aufsatzes ist folgende Anspielung auf das Bankengeheimnis und den immer problematischer werdenden Um-



Bild: Urs Helfenstein

gang mit der direkten Demokratie, die für die Schweiz schon bald wieder eine neue Katastrophe bedeuten könnte.

„Vertrauen kann ein Schweizer Bürger heute eigentlich nur noch auf die Justiz. Allerdings nicht auf die schweizerische, sondern auf die amerikanische. Sie sorgt regelmäßig dafür, dass die Eidgenossenschaft den Kontakt zu den zivilisatorischen Nationen nicht ganz verliert.“ (Lukas Bärfuss, Die Schweiz ist des Wahnsinns)

Das Politisieren als linke Person ist in dieser Situation einer zunehmenden gesellschaftlich-politischen Unterwanderung von Rechts, auch der Schweizer Medien, nicht einfach. Wir dürfen uns aber nicht unterkriegen lassen! Es stehen wichtige Abstimmungen an.

Wir von der SP müssen mit dem gleichen Engagement kämpfen, wie wir es vor den Parlamentswahlen getan haben. Wir müssen das Gespräch mit unseren Freunden und Bekannten suchen und auf die Gefahren von einfachen Schlüssen aufmerksam machen. Und deshalb hier noch die SP-Parolen für die eidgenössischen Abstimmungen:

NEIN zur „Durchsetzungsinitiative zur Ausschaffung krimineller Ausländer“

NEIN zur Volksinitiative „für Ehe und Familie gegen die Heiratsstrafe“

NEIN zur neuen Gotthardröhre.

JA zur Initiative „Keine Spekulation mit Nahrungsmitteln!“

Hasta la victoria siempre!

Thomas Loosli

GEMEINSAM WEITER – GEGEN DIE CVP-INITIATIVE UND FÜR EINE EHE FÜR ALLE

In vielen Ländern steht gleichgeschlechtlichen Paaren die Ehe offen. Sogar im katholischen Irland haben Stimmberchtige und Parlament jüngst die Öffnung der Ehe für Lesben und Schwule gutgeheissen. Derweil versucht die CVP mit ihrer Initiative zur Abschaffung der Heiratsstrafe ein überkommenes Familienbild in der Verfassung festzuschreiben. Mit der Kampagne «Gemeinsam weiter» positionieren sich LGBT-Organisationen gegen diese Diskriminierung von gleichgeschlechtlichen Paaren.

Diskriminierung in der Verfassung

Warum die CVP-Initiative auf verschiedene Arten eine gefährliche Mogelpackung ist, haben Margret Kiener Nellen und Yvonne Feri im Links.ch treffend dargelegt. Die CVP-Initiative verankert die Ehe als Verbindung zwischen Mann und Frau in der Verfassung. Damit verunmöglicht die Verfassungsänderung die Öffnung der Institution Ehe für homosexuelle Paare. Für eine Öffnung der Ehe wäre eine erneute Verfassungsänderung vonnöten und das Anliegen würde um Jahre zurückgeworfen.

Nur für Wenige

Die Initiant_innen argumentieren, die Abschaffung der «Heiratsstrafe» stärke Familien. Das Bundesgericht hat aber bereits die steuerliche Ungleichbehandlung von Ehepaaren gerügt, worauf Bund und Kantone ihre Steuersysteme anpassten. Die realen Folgen bei einer Annahme wären Steuerausfälle von jährlich 1 bis 2.3 Milliarden Franken. Neue Sparpakete im Sozial- und Bildungsbereich wären unausweichlich. Um die «Heiratsstra-

fe» abzuschaffen, gäbe es Alternativen. Eine steuerliche Gleichbehandlung aller Menschen ist mit der Individualbesteuerung zu erreichen. Aus Gleichstellungssicht ist die Individualbesteuerung zu befürworten. Die CVP-Initiative definiert die Ehe allerdings als Wirtschaftsgemeinschaft. Diese Definition torpediert Bestrebungen in Richtung Individualbesteuerung. Der Bundesrat und das Parlament empfehlen die Initiative zur Ablehnung. Von SP über die Grünen bis zu Bürgerlichen haben viele die Nein-Parole gefasst. Die Junge CVP des Kantons Zürich und eine parteiinterne Arbeitsgruppe für die Anliegen von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transmenschern stellten sich gar gegen die Mutterpartei. Die CVP ist gespalten. Was uns aber Sorgen bereiten sollte, sind folgende Punkte:

Das Anliegen der CVP ist verfänglich

Die CVP-Initiative wird über links-grüne Kreise und die LGBT-Community hinaus kaum die Gemüter erregen, sie wird als Entlastung für verheiratete Paare mit Kindern daherkommen. Steuern zu senken ist ein (Stimm-)Volkssport geworden, und die Abschaffung der so genannten Heiratsstrafe ist ein altes Anliegen. Beim Familienessen kürzlich erstaunte mich, wie verfänglich die Initiative für die breite Bevölkerung ist. Wer denkt denn schon daran, dass Steuerausfälle drohen, dass die Heiratsstrafe anders angegangen werden könnte, und dass mit der Initiative homosexuelle Paare diskriminiert werden? Deshalb ist es wichtig, auf die Leute zuzugehen und aufzuklären. Sprecht mit euren Tanten, Göttis, Cousinen und Arbeitskollegen!

Wer geht abstimmen?

Was mich persönlich ebenfalls beunruhigt, ist die fehlende Mobilisierungsfähigkeit innerhalb der schwulenbischen Community. Viele denken, Politik gehe sie nichts an, man habe ja alles, und es gehe uns ja gut hier. Einige stehen der klassischen Ehe zu Recht kritisch gegenüber und sie interessieren sich deswegen nicht für die Abstimmung. Wie der andere finden die eingetragene Partnerschaft genügend, selbst wenn die Institution Ehe gegenüber der eingetragenen Partnerschaft grosse rechtliche Unterschiede aufweist. Zugegeben, die Ehe als Institution kann man/frau befürworten oder nicht. Aber es geht schlicht darum, das Recht auf Ehe allen zu ermöglichen und andere Lebensgemeinschaften nicht zu diskriminieren.

Gemeinsam weiter – bis zur Gleichstellung

Wenn man die Rechte für Lesben, Schwule, Intersexuelle und Transmenschen europaweit vergleicht, schneidet die Schweiz nicht gut ab. Mit der Annahme der rückständigen Initiative der CVP würde sich die Schweiz in den Reigen jener Länder einfügen, die eine Homo-Ehe ganz verbieten (wollen). Dies gilt es zu verhindern: Die Kampagne «Gemeinsam weiter» mobilisiert die Gegner_innen zur CVP-Ehe-Initiative. Hinter der Kampagne stehen Pro Aequalitate, der Zusammenschluss von zwei Dutzend LGBT-Organisationen, und Operation Libero. «Gemeinsam weiter» setzt sich mit begrenzten Mitteln für ein Nein ein und ist deshalb auf unsere Unterstützung angewiesen. Was können wir tun? Auf www.gemeinsam-weiter.ch gibt es die Möglichkeit



die Kampagne zu unterstützen:

- Auf den sozialen Netzwerken teilen
- Ein Argumentarium um noch nicht informierte Bekannte und Familie über die Fallstricke der Initiative zu informieren
- Wer etwas Geld übrig hat, kann für die Kampagne spenden

Wenn die CVP-Ehe-Initiative verhindert werden kann, ist die Arbeit noch nicht getan. Die parlamentarische Initiative «Ehe für Alle» wurde von den Rechtskommissionen der Räte begrüßt und wird uns wahrscheinlich 2017 beschäftigen. LGBT-Anliegen dürfen nicht bei der Öffnung der Ehe halt machen: Bis zur rechtlichen und tatsächlichen Gleichstellung von Lesben, Schwulen und insbesondere bis zur rechtlichen Besserstellung von Transmenschern und Intersexuellen steht der Schweiz noch ein langer Weg bevor.

Dani Oertle, SP5

ALLE MENSCHEN SIND VOR DEM GESETZ GLEICH – WIE LANGE NOCH?

Gemäss der Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 18. April 1999 (Stand am 1. Januar 2016), Artikel 8, Rechtsgleichheit, Absatz 1 gilt: Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.

... Noch sind alle Menschen vor dem Gesetz gleich.

Denn...

Das Schweizer Volk – Menschen mit Schweizer Pass – muss über die Volksinitiative «Zur Durchsetzung der Ausschaffung krimineller Ausländer» («Durchsetzungsinitiative») am 28. Februar 2016 abstimmen.

Diese Initiative verlangt, dass

- das Gesetz für Menschen in der Schweiz ungleich sein soll
- die Menschenrechte für einen Teil der Bevölkerung nicht mehr gelten sollen
- kriminelle Menschen ohne Schweizer Pass noch schneller und noch mehr ausgeschafft werden können
- die Grundwerte unserer Demokratie, die Säulen unseres Rechtstaates und die Europäische Menschenrechtskonvention ab- bzw. ausgeschafft werden
- der Gesetzgeber umgangen werden kann
- die Gerichte eingeschränkt werden
- die Grundregeln der Demokratie gebrochen werden

Wie kam es zur Durchsetzungsinitiative?

Laut Bundesverfassung ist es Aufgabe des Parlaments, mit Gesetzesanpassungen eine von Volk und Ständen angenommene Volksinitiative umzusetzen. Nachdem die Aus-

schaffungsinitiative am 10. November 2010 angenommen worden war, hat das Parlament diesen Auftrag in der Zwischenzeit erfüllt und die Gesetze bereits verschärft. Die aktuelle Gesetzgebung ist streng und sieht für schwere Taten, für Körperverletzung, Gewaltdelikte und sexuelle Gewalt eine obligatorische Landesverweisung vor. Und in der Schweiz werden kriminelle Menschen ohne Schweizer Pass schon heute ausgeschafft. Die Gesetze ermöglichen aber heute, dass Gerichte Härtefälle berücksichtigen können. Dank der Einführung der Härtefallklausel konnte wenigstens ein Minimum an rechtsstaatlicher Prinzipientreue gewahrt werden und dank dieser Möglichkeit lassen sich die neuen Regelungen besser mit der Europäischen Menschenrechtskonvention und mit den grundlegenden Prinzipien unserer Bundesverfassung vereinbaren.

In Zukunft soll...

nicht nur die begangene Straftat gesetzlich geahndet und bestraft werden, nein, die Zugehörigkeit zu einer Bevölkerungsgruppe (mit oder ohne Schweizer Pass) soll als erstes ausschlaggebend sein: die Gerichte wären gezwungen, per Automatismus anderes Recht bei Schweizern ohne Pass anzuwenden. Die Gesetze in der Schweiz wären für die Menschen in der Schweiz ungleich.

Der Deliktkatalog, der automatisch zu einer Ausweisung führen soll, wurde in der Durchsetzungsinitiative maximal ausgeweitet. Delikte, welche mit einer Freiheitsstrafe von mehr als einem Jahr belegt werden, sollen automatisch zu einer Ausweisung führen.

Auch Delikte von geringfügigeren Straftatbeständen sollen automatisch zu einer Ausweisung führen, wenn der Täter «innerhalb der letzten zehn Jahre... bereits rechtskräftig zu einer Freiheits- oder Geldstrafe verurteilt worden ist», d.h. falls ein beliebiges Erstdelikt mit einem beliebigen Strafmaß vorliegt.

Konkret heißt das: wenn ein Mensch ohne Schweizer Pass, z. B. Aleksander, der in der Schweiz geboren und sozialisiert worden ist, einmal wegen Alkohol am Steuer eine Busse erhalten hat und innerhalb von 10 Jahren wegen Beteiligung an einer Schlägerei zu einigen Monaten Freiheitsentzug bedingt verurteilt wird, so müsste er nach dem Willen der Durchsetzungsinitiative zwangsläufig ins Herkunftsland seiner Eltern oder Großeltern deportiert werden.

Klar werden bei einem solchen Beispiel sofort die Argumente «...selber Schuld...» / «...Alkohol am Steuer ist strafbar...» / «...Gewalt ist indiskutabel...» / «...Schlägerei ist verwerflich...» / «... jeder hat die Wahl kriminell zu werden oder nicht...» folgen. Ich stimme den Argumenten zu und bin für Nulltoleranz bei Alkohol am Steuer und dass dies bestraft werden muss. Ebenso finde ich Gewalt abscheulich und Gewalt gehört uneingeschränkt bestraft, aber ich möchte einwenden:

Weshalb soll Aleksander (ohne Schweizer Pass), der von der Fasnacht mit dem Auto alkoholisiert nach Hause fuhr und beim Fussballspiel FC Basel – FC Zürich in eine Schlägerei verwickelt war, eine andere Ge-

setzgebung angewendet bekommen als Hans (mit Schweizer Pass), der die gleichen Straftaten begangen hat?

Wollen wir tatsächlich, dass die Gesetze in der Schweiz für Menschen in der Schweiz ungleich sein sollen? NEIN!

Wollen wir tatsächlich, dass die Säulen unseres Rechtsstaates nicht mehr existieren? NEIN!

Wollen wir tatsächlich, dass die Grundwerte unserer Demokratie abgeschafft werden? NEIN!

Menschen ohne Schweizer Pass sind Ausländer.

Es spielt keine Rolle, ob Aleksander in der Schweiz geboren und hier in der Schweiz sozialisiert wurde und somit zur Schweizer Gesellschaft zählt. Auch in der dritten Generation bleibt Aleksander Ausländer; er ist Ausländer, weil er keinen Schweizer Pass besitzt. Und somit gehört er nicht zur Schweizer Gemeinschaft.

Falls die Durchsetzungsinitiative angenommen werden sollte, wird es die vielen Menschen ohne Schweizer Pass, welche ihr ganzes Leben in der Schweiz verbracht haben, am härtesten treffen.

«... tja, dann sollen diese sich einbürgern lassen...» / «...selber schuld, wenn sie sich nicht haben einbürgern lassen...» / «... die wollten sich nicht einbürgern lassen, weil sie keinen Militär-dienst leisten möchten...» / «...die wollten sich nicht einbürgern lassen, weil sie die Staatsbürgerschaft des Herkunftslandes behalten möchten...» – rufen viele empört aus.

Auch hier wage ich ein «aber» zu entgegnen. Wisst Ihr, wie die Anforderungen für eine ordentliche oder erleichterte Einbürgerung aussehen? Welche Voraussetzungen auf der Stufe Bund, Kanton und Gemeinde erforderlich sind? Wie hoch die Wohnsitzfrist bei einzelnen Gemeinden ist (dass zum Beispiel eine ununterbrochene Wohnsitzdauer in derselben Gemeinde von sechs Jahren verlangt wird)? Für junge Menschen ohne Schweizer Pass ist es je nach Gemeinde und Kanton tatsächlich schwierig, die Einbürgerung mit dem Alltag kompatibel zu machen. Wer als 18jährige nach der Matur an die Universität studieren geht und den Wohnsitz entsprechend wechselt und dann anschliessend für einen Job wieder den Wohnsitz wechselt, wird es schwer haben sechs Jahre Wohnsitzfrist einzuhalten!

Und wurden nicht kürzlich die Bürgerrechts gesetze verschärft? (z. B. ohne Niederlassungsbewilligung keine Einbürgerung)?! Zur doppelten Staatsbürgerschaft wage ich auch ein «aber» zu entgegnen. So lange das Schweizer Recht die doppelte Staatsbürgerschaft anerkennt, werde auch ich dieses Recht beanspruchen. Sollte dieses Recht in Frage gestellt werden, bitte ich alle, die sich an einer doppelten Staatsbürgerschaft ent rüsten und diese aberkennen möchten, zu erst an all die vielen Auslandschweizerinnen zu denken.

NEIN zur Durchsetzungsinitiative = JA zum Rechtsstaat

- Die Durchsetzungsinitiative geht uns alle an!

- Die Durchsetzungsinitiative stellt einen Missbrauch des Instruments der Volksinitiative dar. Sie schreibt eine detaillierte Gesetzesbestimmung in die Bundesverfassung.
- Gesetzgebung ist aber die Aufgabe des Parlaments.
- Die Durchsetzungsinitiative ist vor allem für Menschen ohne Schweizer Pass eminent gefährlich.
- Die Durchsetzungsinitiative ist aber auch ausserordentlich gefährlich für den Schweizerischen Rechtsstaat.
- Die Durchsetzungsinitiative ist Wegbereiterin für die nächste unsägliche und gefährliche Initiative: «Fremde-Richter-Initiative» bzw. «Selbstbestimmungsinitiative».

Deshalb:

NEIN am 28. Februar 2016 zur Durchsetzungsinitiative.

Gülizar Cestan

Mensch mit Schweizer Pass, deshalb zugehörig zur Schweizer Gemeinschaft, aber da Muslimin anscheinend nicht zugehörig zur Schweizer Gesellschaft.

GELDVERSCHWENDUNG AM GOTTHARD

Gute Infrastrukturpolitik zeichnet sich dadurch aus, dass die beschränkten Mittel möglichst optimal eingesetzt werden. Schliesslich kann jeder Franken nur einmal ausgegeben werden. Am symbolisch aufgeladenen Gotthard scheint dieser Grundsatz nicht zu gelten. Ideologischer Ballast wiegt mehr als nüchterne Berechnung.

Beleg für diesen Mangel an Objektivität ist ein Bericht aus dem Bundesamt für Strassen, der im radikalen Widerspruch zur bisherigen Argumentation des Bundesrates steht. In seiner Botschaft hielt der Bundesrat noch fest, dass eine Sanierung mit Vollsperrung des bestehenden Strassentunnels bis spätestens 2025 dringlich und alternativlos sei. Der neue Bericht belegt hingegen, dass die Deckensanierung – der eigentliche Grund für die Vollsperrung – bis 2035 gar nicht nötig ist. Welche konkreten Arbeiten nach 2035 anstehen, bleibt unklar. Das Parlament hat auf falscher oder zumindest unvollständiger Grundlage entschieden.

Falsche Priorität

Auf unserem Strassennetz gibt es Brennpunkte mit viel grösserem Verkehrsaufkommen, die mit höherer Dringlichkeit einer baulichen Intervention bedürfen. Trotzdem sollen am Gotthard ohne zeitliche Not weitere Milliarden verbaut werden. Milliarden, die andernorts fehlen.

Zum Beispiel erlebte die Ostschweiz im Dezember, dass die Erneuerung der Rheintalautobahn wegen fehlender Finanzen in letzter Sekunde verschoben werden musste. Dies



veranlasste auch den St. Galler Baudirektor Willi Haag (FDP) kritisch festzustellen, dass der Gotthard wichtigere Projekte konkurrenziere. Die zweite Röhre entpuppt sich in der Praxis schon heute als falsche Priorität und damit als reine Verschwendungen. Zum gleichen Schluss sind auch 118 Politikerinnen und Politiker aus den grossen Schweizer Städten, darunter 25 Stadtpräsidentinnen und Stadtpräsidenten, in ihrem Appell aus den Städten gelangt. Corine Mauch, Alexander Tschäppät und Daniel Brélaz aber auch die Bürgermeister von Bellinzona, Chiasso und Mendrisio rufen uns zu: Das Geld muss am richtigen Ort eingesetzt werden – nicht am Gotthard! Das Land hat andere Verkehrs brennpunkte.

Verkehrspolitischer Schwindel

Der Hauptgrund für ein Nein ist ein verkehrspolitischer. Zwei Tunnelröhren, in denen je nur eine Spur befahren wird – das ist ein offensichtlicher Schwindel. Strassen- und Baulobby kämpfen für eine zweite Röhre, weil sie diese für ihren Profit bauen, voll befahren und auch umfassend betreiben wollen. Alles andere ist eine Illusion. Mit einer zweiten Röhre aber wird die Gotthardstrecke zur kürzesten vierspurigen Nord-Süd-Autobahn Europas. Der Druck der mächtigen Lastwagenlobby, diese Strecke für den Schwerverkehr zu öffnen, würde in Kürze unermesslich. Aus einer doppelten Kapazität würde so eine doppelte Anzahl Lastwagen. Mit zwei Millionen Transitlastwagen hätten wir Verhältnisse wie am Brenner – und zwar auf der ganzen Nord-Süd-Achse.

Eine Simulation des ETH-Spin-Offs Senozon zeigt die Auswirkungen von zwei Röhren und vier Spuren am Gotthard für die Stausituation in der Schweiz. Sie sind dramatisch. Auf der Westumfahrung Zürichs kommt man zu keiner Tageszeit am Stau vorbei, im Grossraum Luzern kommt es zum Verkehrskollaps, das Tessin wird überrollt. Und: Mit vier Spuren am Gotthard nimmt der Verkehr über die Pässe Simplon und San Bernardino noch stärker zu als am Gotthard selbst. Die Schweiz würde von Basel und Schaffhausen bis zur Hölle.

Neat nicht torpedieren

Die zweite Röhre würde auch den Alpenschutz durchlöchern – und den Nutzen der Neat untergraben. Diese grösste Investition

in der Geschichte unseres Landes sollte den Güterverkehr von der Strasse auf die Schiene verlagern. Darum haben Volk und Stände 1992 dem Multimilliardenprojekt zugestimmt und 1994 und 2004 zwei Mal wuchtig eine zweite Strassenröhre verworfen. Nun, einige Monate bevor der Gotthard-Basis-Bahntunnel als Jahrhundertbauwerk eröffnet wird, soll die Neat doch noch durch eine zweite Röhre torpediert werden? Unsinniger geht es wirklich nicht. Das Volk muss am 28. Februar mit einem Nein die Politik wieder zur Vernunft bringen.

Die liberale Neue Zürcher Zeitung schreibt es richtig: Ein Nein eröffnet der Schweiz die Chance, die Wirkung der Neat für die Güterverlagerung in Erfahrung zu bringen und eine bessere und günstigere Sanierungsvorlage für den Gotthard auszuarbeiten.

Jon Pult aus Chur ist Präsident der Alpen-Initiative und Bündner SP-Grossrat.

JAHRESBERICHT PRÄSIDIUM

Das Jahr 2015 war für die SP5 geprägt von den kantonalen und nationalen Wahlen. Bereits zu Beginn des neuen Jahres begann der Kantonsratswahlkampf der SP 4 und 5 mit dem Team Angelo Barrile, Céline Widmer, Tobias Langenegger (Co-Wahlkampfleitung), Barbara Haller und Lewin Lempert unter der grossen Mithilfe von Benedikt Knobel (Co-Wahlkampfleitung). Der SP-Kantonsratswahlkampf im Kanton Zürich war die Hauptprobe der neuen Art Mobilisierungskampagne für die nationalen Wahlen. Auch die Wahlkampfhelferinnen der SP 4 und 5 telefonierten wie wild. Weiter fanden diverse Standaktionen und Mitgliederversammlungen statt. So trafen wir uns im Januar zur gut besuchten MV mit dem Titel «Verkehrspolitik in den Kreisen 4 & 5 – Gestern, heute, morgen», in welcher Ruedi Baumer vom Kampf gegen das Ypsilon und Roland Munz vom kantonalen Richtplan berichteten. Weiter machten wir Veranstaltungen zu den Themen Steuern, Gesundheit, Freiraum, Wohnpolitik und Bildung. Wir unternahmen einen Surprise-Spaziergang durch den Kreis 4 und eine Führung durch das neue Toni-Areal. Die Wahlkampfgruppe arbeitete sehr gut zusammen. Es gab keine Sektionsanimositäten, was erfreulich stimmt für die vielen noch folgenden gemeinsamen Wahlkämpfe.

Das Wahlresultat war schlussendlich leider weniger erfreulich. Die SP5 verlor ca. 3 Prozent (von 34.4 auf 31.3 Prozent) der Stimmen an die AL. Dies ist natürlich ärgerlich – schön ist aber, dass die Stimmen in den Kreisen 4 & 5 wenn dann nach links und nicht nach rechts verloren gehen. Angelo wurde hervor-

ragend wiedergewählt und Tobias landete auf dem ersten Nachrutschplatz, was sich später als wichtig erweisen würde.

Nach dem Ende der Kantonsratswahlkampfes wartete bereits das nächste Wahlgremium: Am 30. Mai 2015 nominierte die SP Kanton Zürich die Nationalrats-Kandidierenden. Die SP5 schloss erfreulich gut ab – Angelo Barrile landete auf dem siebten und Min Li Marti auf dem achten Listenplatz. Mit diesen guten Listenplätzen wurde das Fundament für eine historische SP5 Doppelbesetzung im Nationalrat gelegt. Entsprechend intensiv wurde jedoch der Nationalratswahlkampf für die SP5. Um den beiden eine gute finanzielle Basis für den Wahlkampf mitzugeben, hat die SP5 beiden Kandidierenden 10'000 Franken gesprochen, wovon sie im Falle der Wahl die Hälfte zurückbezahlen würden. Weil die Zeit drängte, musste zum ersten Mal seit langer Zeit vor dem traditionellen SP5-Grill im Juli auf der Stadionbrache noch ein formeller Teil abgehalten werden: Die Anwesenden genehmigten die je 10'000 Franken einstimmig. Der formelle Teil tat dem festlichen Anlass aber keinen Abbruch, im Gegenteil, die Freude für die zwei gutplatzierten Kandidierenden war gross!

Danach folgte die verdiente Sommerpause – ausser für die beiden Nationalratskandidierenden und das OK Röntgenplatzfest. Das Röntgenplatzfest ging in sein erstes Jahr mit einem neuen Präsidenten, nachdem Simon Diggelmann in Folge seiner Wahl in den Gemeinderat nach vielen Jahren kürzer treten musste. Da aus dem OK noch niemand den



Rieseneefolg beim Röntgenplatzfest

Lead übernehmen wollte, präsidierte Tobias Langenegger ad Interim das OK. Das Fest war ein riesen Erfolg. Den Start machte die Festrede von Daniel Jositsch. Darauf folgten zwei Tage schönes Wetter (seit mehreren Jahren konnte man endlich einmal getrost auf die Installation des Regenschutzes hinter der Hauptbar verzichten) was zu einem riesigen Publikumsansturm und zum Ende bei der Abende einem Alkoholleerstand führten! Auch das Podium am Samstagnachmittag zum Thema «Gemeinsam gegen Verdrängung – geht das?» war super besucht.

Im Herbst folgten dann die Ständerats- und Nationalratswahlen. Es war für uns schön zu sehen, wie aktiv und engagiert die SP5-Mitglieder sind. Das Telefonieren fiel wohl niemanden einfach leicht – trotzdem fanden sich über 40 Mitglieder an drei Samstagen zum gemeinsamen Telefonieren ein. Weiter waren wir vor den Wahlen fünfmal (!) am Limmatplatz mit unserem Stand präsent, um für die SP WählerInnen zu gewinnen. Der

Einsatz hat sich gelohnt! So wurde Daniel Jositsch direkt in den Ständeratswahl gewählt und die SP gewann zwei zusätzliche Sitze für den Kanton Zürich. Entsprechend wurden Min Li und Angelo in den Nationalrat gewählt (Angelo erbt den Sitz von Daniel Jositsch). Die historische Wahl von gleich zwei Mitgliedern aus unserer Sektion ist vor allem ihrem Engagement und ihrer Persönlichkeit zu danken. Wir gratulieren den beiden von ganzem Herzen! Anstelle von Angelo rutschte Tobias in den Kantonsrat nach.

Daneben gab es noch diverse MV's, beispielsweise zu den Themen Härtefallkommission, Energiepolitik, Geschlechterpolitik, Schule mit Katrin Wüthrich etc. Weiter fand das «s'Best für Züri-Wescht» und ein Neumitglieder-anlass mit engagierten und interessierten neuen Genossinnen und Genossen statt.

2015 war ein strenges Jahr mit vielen Wahlen. Umso mehr freuen wir uns nun auf ein wahlkampffreies 2016, in welchem wir den Schwerpunkt wieder vermehrt auf die Sektion und wahlkampfabhängige Themen richten möchten.

Wir wünschen Euch einen guten Start ins neue Jahr und grüssen herzlich

Felix Inderbitzin und Tobias Langenegger

«EINE SUPERSPANNENDE AUFGABE»

Katrin Wüthrich ist seit einem Jahr Schulkreispräsidentin des Schulkreises Limmattal. Im Interview spricht sie über anspruchsvolle Eltern, über Sparmassnahmen in der Schule und über den Wert der Laienschulpflege.

Nach einem Amtsjahr: Was sind deine Eindrücke und Erfahrungen?

Ich traf viele motivierte Lehrerinnen und Lehrer. Ich sah, wie viele Personen sich rund um die Schule für die Kinder einsetzen. Ich erlebte kritische Eltern, welche die Schulpflege als Gegnerin wahrnehmen. Erst im Gespräch merkten sie, dass das gar nicht stimmt. Ich habe viel gesehen und viel erlebt. Das Amt der Schulkreispräsidentin ist eine superspannende Aufgabe.

Apropos Eltern: Dann hast du auch Berge von Zuteilungsgesuchen erhalten?

Ja, wir erhielten viele Zuteilungsgesuche. Zwei Drittel haben wir bewilligt, ein Drittel nicht – was natürlich gerade für dieses Drittel schwer zu verstehen war. Grundsätzlich lehnen wir Gesuche nicht per se ab.

Konntet ihr alle Stellen besetzen, insbesondere auch im Kindergarten?

Eine Kindergartenstelle wurde mit einer Vizarin besetzt. Ich bin sehr froh, dass wir im Kindergarten qualifizierte Lehrpersonen finden konnten. Vom Signal des Kantons, man könne zur Not auch eine Nicht-Kindergärtnerin anstellen, halte ich nichts. Lehrpersonen arbeiten aber auch gerne im Schulkreis Limmattal. Die Mischung zwischen Migrations- und Trendquartier spricht bestimmte Lehrerinnen und Lehrer an. Deshalb haben wir

diesbezüglich weniger Probleme als vielleicht Landgemeinden.

Im Schulkreis Limmattal gehen viele Kinder von bildungsfernen Eltern zur Schule. Man spürt aber auch die Gentrifizierung der Quartiere.



Quims-Schulen

überwiegen bei uns klar. Acht Schulen zählen einen Anteil fremdsprachiger Kinder von 40 bis 60 Prozent, drei Schulen sogar mehr als 60 Prozent. Nur eine Schule verliess das Quims-Programm, weil der Anteil fremdsprachiger Kinder unter 40 Prozent fiel. Man kann eine Wende feststellen, es ist aber nicht so, dass plötzlich nur noch Kinder aus bildungsnahen Schichten zu uns kommen.

Manche Lehrerinnen und Lehrer bekunden Mühe mit den gutausgebildeten und fordernen Eltern?

Es ist eine Herausforderung, ganz klar. In der Kommunikation mit den Eltern mussten einige Schulen zulegen. Die bildungsnahen Eltern interessieren sich für die Schule manchmal mehr als den Lehrpersonen lieb ist. Wir dürfen aber auch die fremdsprachigen Eltern nicht vernachlässigen. Die Balance zwischen diesen beiden Elterngruppen zu finden, ist eine Herausforderung.

Welches sind die grossen «Baustellen» in deinem Schulkreis?

Der Schulkreis wächst. Wir bauen zwei neue Schulhäuser in Züri-West: Pfingstweid und Schütze. Schulraum planen und finden ist heute schwierig sowie kosten- und zeitintensiv. Im Schulkreis selbst führen wir ab dem aktuellen Schuljahr nur noch gemischte AB-Sekundarklassen. Die alten Klassen laufen noch weiter, aber alle neuen Klassen sind gemischt. Für einige Lehrpersonen ist das eine grosse Herausforderung, andere finden den Schritt gut. Aber wir müssen die Umsetzung sehr sorgfältig begleiten.

Vor der Türe stehen der neue Berufsauftrag für Lehrpersonen sowie der Lehrplan 21. Auch hier gibt es noch viele Fragen zu klären. Hinzu kommt das Tagesschulprojekt im Schulhaus Albisriederplatz.

Wir machen im Pilot mit einer Sekundarschule mit. Es stellen sich andere Fragen als bei einer Tagesschule auf Primarstufe. Wollen die Jugendlichen in diesem Alter überhaupt noch in eine Tagesschule? Während der Primarschule entscheiden die Eltern, in der Sek ist das nicht mehr unbedingt so. Es gibt sehr viele offene Fragen. Aber ich muss auch sagen: Die Schule hat viel gearbeitet und ist auf Kurs.

Die Stadt Zürich muss sparen, auch bei der Schule. Wie sieht das im Schulkreis Limmattal aus?

Konkret spüren wir das Sparen bei der Weiterbildung. Früher konnten wir bei schwierigen Klassen mit einer Massnahme intervenieren oder die Lehrer/-innen mit einer

sinnvollen Weiterbildung unterstützen. Das geht heute nicht mehr so einfach. Viele Sparmassnahmen wirken im Kleinen, ich mache ein Beispiel: Unsere Kindergärtnerinnen konnten früher einen VBZ-Bus bestellen, wenn sie mit der Klasse in den Wald wollten. Heute müssen sie mit dem normalen Bus gehen, mit dem Effekt, dass die Kindergärtnerinnen auf den Waldbesuch verzichten, weil es sehr aufwändig ist. Einige Sparmassnahmen konnten wir aber auch ohne grössere Probleme verkräften.

Auch in der SP gibt es etliche Personen, die eher wenig von der Laienschulpflege halten. Was entgegnet du diesen Genossinnen und Genossen?

In diesem riesigen Apparat von kantonalem Volksschulamt, städtischen Schulamt und Kreisschulverwaltung ist der andere Blick der gewählten Schulpfleger/-innen sehr wertvoll. Natürlich gibt es geeignete und weniger geeignete Personen. Aber ein vom Apparat unabhängiger Blick von aussen und auch eine Wertschätzung gegenüber der Schule ist zentral. Die Laienschulpflege sollte man daher nicht leichtfertig abschaffen.

Interview: Roland Schaller

Schulkreis Limmattal

umfasst die Kreise 5, 4 und einen Teil des Kreises 3 (Sihlfeld). In den insgesamt 12 Schuleinheiten gehen über 3000 Schüler/-innen zur Schule. Der Schulkreis beschäftigt zirka 450 Mitarbeiter/-innen. Präsidentin Katrin Wüthrich ist Mitglied der SP 5.

TERMINE UND PAROLEN

SP 5:

Vorstandssitzungen

Die Vorstandssitzungen der SP5 finden jeweils am ersten Montag des Monats statt. Möchtest Du ein Thema in die Vorstandssitzung einbringen oder an einer solchen teilnehmen? Dann melde Dich per Mail an: info@sp5.ch

Mitgliederversammlungen (MV)

Die Mitgliederversammlungen finden jeweils am letzten Dienstag im Monat statt. Diese sind in der Regel öffentlich.

Standaktionen am Limmatplatz

In der Regel jeweils ab 9 Uhr an den vier Samstagen vor den Abstimmungs- und Wahlterminen.

SP Stadt Zürich:

a.o. Delegiertenversammlung
31. März 2016 - 19:00, Volkshaus (weisser Saal),

SP Kanton Zürich:

Delegiertenversammlung SP Kanton Zürich, 21. März 2016

SP Schweiz

Delegiertenversammlung
16. April 2016, La Chaux-de-Fonds
Samstag, 16. April 2016

Parolen

Bund

JA zur Spekulationsstopp-Initiative
NEIN zur CVP-Ehe-Initiative
NEIN zur Durchsetzungsinitiative
NEIN zur 2. Gotthardröhre

Kanton Zürich

JA zur Bildungsinitiative
JA zur Lohndumping-Initiative
NEIN zum Notariatsgesetz
NEIN zum Verwaltungsrechtspflegegesetz

Impressum:

Redaktion: Thomas Loosli
Layout: Min Li Marti
Druck: Printoset Zürich
www.sp5.ch